

Stand: 20.05.2024 20:56:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23124

"Gewalt gegen Frauen bekämpfen I: Landesaktionsplan samt Präventionsoffensive aufsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23124 vom 02.06.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/25009 des SO vom 13.10.2022
3. Beschluss des Plenums 18/25177 vom 23.11.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 127 vom 23.11.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gewalt gegen Frauen bekämpfen I: Landesaktionsplan samt Präventionsoffensive aufsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Gewaltschutzkonzept zu überarbeiten und mit einem ressortübergreifenden Landesaktionsplan zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu ersetzen, womit die verschiedenen Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt explizit benannt und differenziert bekämpft werden. Damit sollen die betroffenen Gruppen ihren jeweiligen Bedürfnissen entsprechend mit differenzierten und niedrigschwelligen Unterstützungsmaßnahmen bedient werden.

Im Konkreten werden damit folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Im Rahmen der Erarbeitung des Landesaktionsplans sind überprüfbare Umsetzungsziele der einzelnen Maßnahmen festzulegen. Dabei sind klar geregelte Verantwortlichkeiten und die Bereitstellung von notwendigen finanziellen Mitteln festzulegen. Indikatoren werden festgelegt, anhand denen die Umsetzung in der Fläche begleitet wird sowie der Landesaktionsplan evaluiert und weiterentwickelt werden kann, um auch frühzeitig Handlungsbedarfe aufzuzeigen und punktgenau vorzugehen.
- Der Landesaktionsplan muss ressortübergreifend Maßnahmen vorgeben sowie ministeriumsübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung anregen. Dabei sollen die Rechte der Betroffenen und die wirksame Zusammenarbeit zwischen allen einschlägigen Behörden, Einrichtungen und Organisationen in den Mittelpunkt aller Maßnahmen gestellt werden.
- Der Landesaktionsplan enthält eine ressortübergreifende Gewaltpräventionsoffensive. Präventionsmaßnahmen sollen diskriminierungsfrei gestaltet sein.
- Ein inklusiver, intersektionaler, Rassismus-bewusster Ansatz sowie ein Bewusstsein von Mehrfachdiskriminierungen müssen in die Erarbeitung des Landesaktionsplans einfließen.
- Maßnahmen werden zielgruppenspezifisch definiert und die Zielgruppen werden explizit benannt (z. B. Frauen mit Behinderung, pflegebedürftige Frauen, Frauen mit Suchterkrankung, Frauen mit psychischer Erkrankung, Frauen mit älteren (männlichen) Kindern, geflüchtete Frauen)
- Regelmäßige Zwischenberichte über Fortschritte in der Umsetzung des Landesaktionsplans sind dem Landtag zu erstatten. Der Landesaktionsplan ist entsprechend der hier gewonnenen Erkenntnisse gegebenenfalls anzupassen.
- Weiter sollen, um für die Bedürfnisse und Rechte der von Gewalt Betroffenen zu sensibilisieren, präventive Maßnahmen für Berufsgruppen, die mit Betroffenen und

Täterinnen bzw. Tätern zu tun haben, erarbeitet werden. Dazu gehört die Vermittlung von geschlechtsspezifischen Aspekten von Gewalt in verpflichtenden Schulungen während der Ausbildung sowie in Form von verpflichtenden Fort- und Weiterbildungen für Polizistinnen und Polizisten sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richtern, Sozial- und Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Ärztinnen und Ärzten. Hierzu werden Handlungsleitfäden ausgearbeitet, um opfersensible Vorgehensweisen sicherzustellen.

- Es wird eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese soll einen strukturierten, regelmäßigen Austausch zwischen der Landesebene und der kommunalen Ebene für folgende Aufgabenfelder koordinieren: über Fortschritte und Entwicklungsstände berichten in der Umsetzung des Landesaktionsplans sowie die Vorgaben aus der Istanbul-Konvention und die sich daraus ergebenden Maßnahmen- und Handlungsaufträge für den Freistaat und die Kommunen gemeinsam aktiv voranzutreiben.
- Die Staatsregierung soll gesonderte geschlechtsspezifische Gewaltschutzkonzepte in öffentlichen Einrichtungen wie Behörden, ordnungsrechtlicher Unterbringung, in Hilfeangeboten und in Einrichtungen der Behindertenhilfe, sowie gesundheitlichen und sozialen Diensten in öffentlicher Trägerschaft entwickeln und auf deren verbindliche Umsetzung achten. Hierfür wird die Staatsregierung entsprechende Richtlinien und Leitfäden entwickeln und bereitstellen.

Begründung:

Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer, auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten und Gewalt zu verhindern. Die Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist im Rahmen der Coronapandemie gestiegen, dies zeigen inzwischen zahlreiche Untersuchungen, Studien und Statistiken. Die offiziellen Zahlen des Bundeskriminalamtes sowie des Landeskriminalamtes zeigen in den vergangenen Jahren geringfügige Anstiege und sogar rückläufige Zahlen – diese müssen im Kontext eines erheblichen Dunkelfelds eingeordnet werden. Gewalttaten gegen Frauen sind keine Bagatelldelikte oder persönliche, private Ereignisse – geschlechtsspezifische Gewalt ist ein Ausdruck der patriarchalischen Machtstrukturen unserer Gesellschaft. Der Staat ist nicht nur nach der Istanbul-Konvention verpflichtet, gegen diese systematisch sexistische Diskriminierung Maßnahmen zu ergreifen und auf die Beseitigung bestehender geschlechtsspezifischer Nachteile hinzuwirken, sondern vor allem nach dem verfassungsrechtlichen Gleichstellungsgebot in Art. 3 Abs. 2 Satz 2 in unserem Grundgesetz.

Im Rahmen der parlamentarischen Anhörung über die Umsetzung der Istanbul-Konvention im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie am 31. März 2022 wurde die Forderung nach einem Landesaktionsplan von den Expertinnen und Experten mehrfach erhoben. Der Drei-Stufen-Plan der Staatsregierung wurde von den Sachverständigen kritisiert, weil es keinen Aufbau der Schutz-Infrastruktur vor Ort bzw. in der Fläche von Bayern vorantreibt. Landkreise sind sehr unterschiedlich ausgestattet und es gibt an vielen Orten keine ausreichenden, aber dringend notwendigen, Frauenhausplätze und Beratungsstellen. Vor allem im ländlichen Bereich müssen einzelne Beratungsstellen vielfältige und diverse Aufgabenbereiche übernehmen, die in den Städten auf viele verschiedene, spezialisierte Stellen verteilt sind. Ein fehlendes Gesamtkonzept für Gewaltschutz wurde bemängelt, das über die verschiedenen Ressorts der Staatsregierung hinweggeht und vor allem die Prävention in den Blick nimmt. Im Haushaltsplan sind 1,2 Mio. Euro für Gewaltprävention vorgesehen – dies reicht bei Weitem nicht aus, effektive Präventionsarbeit in der Fläche umsetzen zu können. In einer Schriftlichen Anfrage von MdL Eva Lettenbauer („Frauenhäuser und Gewaltschutz in Bayern“) wurde nach den aktuellen Präventionsmaßnahmen gefragt, worauf die Staatsregierung neben wenigen Einzelmaßnahmen auf eine Wanderausstellung hingewiesen hat. Anstatt ein dringend notwendiges, eingebettetes, landesweites Präventionskonzept vorzulegen, wird dieses Thema stiefmütterlich und oberflächlich behandelt.

In einem Bericht der Staatsregierung (als Ergebnis eines Beschlusses „Konzept „Bayern gegen Gewalt“ zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht weiterentwickeln“ (Drucksache 18/19997)) wird „erfreulich“ darauf hingewiesen, dass die jährliche Sonderauswertung „Häusliche Gewalt“ des Landeskriminalamts „einen nur geringfügigen Anstieg der Fallzahlen um 0,9“ aufzeigte. Dieser Bericht wurde nach der Anhörung über die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bayern überreicht – in der Anhörung wurde mehrfach von den Expertinnen und Experten betont, dass die offiziellen Zahlen keinesfalls als „weniger Gewalt“ zu verstehen sind, sondern besorgniserregend auf ein noch größeres Dunkelfeld wie davor hinweisen. Der Zugang zu den Frauen ist durch die Schließung vieler Anlauforte erschwert worden und in den härtesten Lockdowns waren die Frauen ihren Gewalttätern ausgesetzt. Mal wieder zeigt die Staatsregierung ihr mangelndes Verständnis von diesem gesellschaftlichen Problem. Dieser Versuch, sich die Zahlen schönzurechnen, wird den betroffenen Personen nicht gerecht! Wir brauchen keine Einzelmaßnahmen, sondern Aktionspläne auf jeder Ebene, die diesen politischen Willen umsetzen und mit Personal, finanziellen Ressourcen, einem politisch moderierten Prozess und unabhängigem Monitoring untermauern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/23124

Gewalt gegen Frauen bekämpfen I: Landesaktionsplan samt Präventionsoffensive aufsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Eva Lettenbauer**
Mitberichterstatler: **Robert Riedl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 13. Oktober 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Thomas Huber
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/23124, 18/25009

**Gewalt gegen Frauen bekämpfen I:
Landesaktionsplan samt Präventionsoffensive aufsetzen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen sowie Herr Kollege Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Die fraktionslosen Abgeordneten, Herr Swoboda und Herr Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 19. Oktober 2022 (Vf. 17-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bayerischen Grundsteuergesetzes (BayGrStG) vom 10. Dezember 2021 (GVBl. S. 638, BayRS 611-7-2-F)

PII-G1310.22-0016
Drs. 18/25025 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist jedenfalls unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt
Ökodesign – Europäische Kommission prüft Notwendigkeit neuer
Vorschriften über die Umweltauswirkungen von Fotovoltaik
23.09.2022 - 16.12.2022
Drs. 18/24565

**Über den Antrag wird nicht abgestimmt, da die abschließende
Beratung in den Ausschüssen noch nicht stattgefunden hat.**

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Bayern gegen Gewalt I – Weiterentwicklung gewaltpräventiver Projekte
Drs. 18/22955, 18/25006 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Bayern gegen Gewalt II – Gewaltschutz für Frauen mit besonderen Bedarfen optimieren
Drs. 18/22956, 18/25007 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Bayern gegen Gewalt III – Gewaltambulanzen für Opfer von häuslicher Gewalt
Drs. 18/22957, 18/25008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen I: Landesaktionsplan samt Präventionsoffensive aufsetzen
Drs. 18/23124, 18/25009 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen II: Landesmonitoringstelle zur Beobachtung und Bewertung der Umsetzung der Istanbul-Konvention
Drs. 18/23125, 18/25010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen III: Gewaltschutzambulanzen flächendeckend einrichten
Drs. 18/23126, 18/25011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gewalt gegen Frauen bekämpfen IV:
Sichere Finanzierung des Gewaltschutzsystems
Drs. 18/23127, 18/25012 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Besoldung von Förderlehrern an das geänderte Berufsbild anpassen
Drs. 18/23221, 18/25064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Masterplan Geothermie vorlegen
Drs. 18/23387, 18/25073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Benjamin Miskowitsch, Eric Beißwenger, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Photovoltaikanlagen auch in Überschwemmungs- und Vorranggebieten zulassen
Drs. 18/23615, 18/24974 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

19. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Hinschauen statt Wegschauen –
Studie zur Wohnungslosigkeit junger Menschen in Bayern
Drs. 18/23616, 18/25016 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

20. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Experten-Anhörung zu neuen Methoden der Frac-Chemie
Drs. 18/23632, 18/24975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

21. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Erweiterung der Expertenkommission nach Art. 1 Abs. 6 NatSchRFrackingÄndG
Drs. 18/23633, 18/24976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

22. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Heizen mit Holz muss möglich bleiben – Nein zum Pelletverbot
Drs. 18/23634, 18/24977 (A)

Auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Erhöhung der Agrardieselrückerstattung
Drs. 18/23637, 18/24862 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Florian von Brunn u.a. SPD
Gutscheinprogramme verlängern – Bewegung fördern, Familien entlasten, Sportvereine unterstützen
Drs. 18/23668, 18/25046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Walter Taubeneder, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fachkräftemangel – Stärkung der beruflichen Bildung
Drs. 18/23677, 18/25030 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

26. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Souveränität in der Rüstungspolitik stärken – Landesverteidigung als nachhaltig anerkennen
Drs. 18/23689, 18/25074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Harald Güller, Florian von Brunn u.a. SPD
Anhörung zur Zukunft des Sportunterrichts an Bayerns Schulen
Drs. 18/23696, 18/24965 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
„Bayerisches Sofortprogramm Energiesicherheit“ –
Probleme in Bayern lösen, statt nach Berlin zu zeigen!
Drs. 18/23717, 18/24978 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Meister gleich Master: Kostenlose Meisterausbildung jetzt!
Drs. 18/23718, 18/24979 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windkraftturbo jetzt starten – 10-Punkte-Sofortprogramm
für den Windausbau in Bayern
Drs. 18/23758, 18/24980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern: sicher und günstig –
Probleme in Bayern und im Bund kurz- und mittelfristig lösen
Drs. 18/23762, 18/24981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
In Leistungsträger investieren, Fortbildungsförderung weiterentwickeln.
Drs. 18/23763, 18/24982 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

45. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Talente in Mittelschulen fördern
Drs. 18/24023, 18/24970 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

46. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern II –
Kostenfreie Arbeitshefte
Drs. 18/24025, 18/24971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz ändern III – Staatliche
Zuweisungen an die kommunalen Träger des Schulaufwands
Drs. 18/24026, 18/24972 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller,
Uli Henkel und Fraktion (AfD)
Preissenkungen im Merit-Order-System
Drs. 18/24031, 18/24987 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger u.a. und Fraktion (AfD)
Kulturbetrieb aus der Krise führen: Keine erneuten
Coronabeschränkungen für Theater, Konzerte
und andere Spielstätten erlassen
Drs. 18/24148, 18/25002 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Normalität an den Hochschulen im Wintersemester
statt Maskenpflicht und virtueller Lehre!
Drs. 18/24149, 18/25003 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Gewalt gegen Frauen bekämpfen und Betroffenen
Schutz und Unterstützung bieten
Drs. 18/24305, 18/25031 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>